



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD Ortsverein Nörvenich | Heinrich-Kuß-Ring 21 | 52388 Nörvenich  
Bürgerinitiative Rommelsheim (BIR)

Per E-Mail an  
[rommelsheimbi@gmail.com](mailto:rommelsheimbi@gmail.com)

Philipp Peplowski  
stellv. Vorsitzender

TEL: 02421 8897495  
Mobil: 0157 88998873  
E-Mail: [philpeplowski@hotmail.de](mailto:philpeplowski@hotmail.de)

Nörvenich, den 08.10.2023

## **Unterbringung von Geflüchteten in Rommelsheim; Positionspapier der Bürgerinitiative Rommelsheim vom 05.10.2023**

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

gerne kommen wir auf Ihre E-Mail vom 05.10.2023 an unsere Genossin aus Vettweiß, Anne Küpper, und das Positionspapier vom selben Datum zurück. Frau Küpper hatte Ihnen bereits mit E-Mail vom 07.10.2023 umfangreich geantwortet. Ihren Ausführungen schließt sich die SPD Nörvenich vollumfänglich an.

Dafür, dass Sie sich vertrauensvoll an die SPD gewendet haben, bedanken wir uns. Nachfolgend möchten wir, die SPD Nörvenich, ergänzend auf einzelne Aspekte des Positionspapiers der Bürgerinitiative Rommelsheim (BIR) vom 05.10.2023 antworten:

Wir können gut nachvollziehen, dass die fehlende proaktive Kommunikation zur Flüchtlingsunterbringung in Rommelsheim für Unmut in Teilen der Bevölkerung gesorgt hat. Wie bereits in den Informationsveranstaltungen durch den Bürgermeister zugesagt, wird die Gemeindeverwaltung zukünftig zusätzliche Informationswege gehen. Somit wird man sich nicht mehr auf das Ratsinformationssystem und den Nörvenich Kurier beschränken. Gleichsam haben wir Verständnis dafür, dass Unmut darüber herrscht, dass jahrzehntelang kein Bauland in Rommelsheim erschlossen wurde und jetzt eine Erschließung für Wohnzwecke von Geflüchteten erfolgen soll. Wir möchten das etwaige Gefühl des „Übergangswerdens“ bzw. einer bestehenden „Ungerechtigkeit“ gerne im Folgenden in das Gesamtbild setzen:

Bei einer kleinen Gemeinde mit 14 Ortsteilen im ländlichen Raum ist es naturgemäß schwierig geeignete Unterbringungsmöglichkeiten zu finden. Noch schwieriger ist es, die wenigen potentiellen Objekte und Flächen gleichmäßig auf die Ortsteile zu verteilen. In den vergangenen Jahren haben sich vor allem Ortschaften wie Nörvenich, Wissensheim und Binsfeld mit der Unterbringung von Geflüchteten hervor getan.

Die gestiegenen Flüchtlingszahlen bringen auch die Gemeinde Nörvenich in die Zwangslage, zusätzlichen Wohnraum für Geflüchtete bereitzustellen. Auslöser für die gestiegenen Flüchtlingszahlen sind dabei u. a.

- a) Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine:  
Die Aufnahme von vorwiegend geflüchteten Frauen und Kindern aus der Ukraine seit Anfang 2022 wurde insbesondere in Wissensheim vorgenommen. Die SPD Nörvenich hatte seinerzeit für Frauwüllesheim votiert. Dies unter anderem aufgrund der besseren Anbindung an Düren.
- b) Eine Verstärkte Zuwanderung über Polen und Tschechien:  
Die russische Föderation schleust dabei Menschen aus Syrien in großer Zahl über Weißrussland über die östlichen EU-Außengrenzen (vgl. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/russland-und-belarus-schleusen-fluechtlinge-in-die-eu-19215798.html>).
- c) Steigende Flüchtlingszahlen bei der Überquerung des Mittelmeeres.

Eine Senkung der Flüchtlingszahlen erfordert eine Vielzahl an Maßnahmen, die teils erst in Jahren oder Jahrzehnte Wirkung entfalten werden. Erwähnt sei hier z. B. der Abschluss des EU-Migrationspakts, welcher unter Mitwirkung von Bundesinnenministerin Faeser (SPD) erfolgreich im Europäischen Rat in diesem Monat verhandelt wurde. Dieser wird, sobald er das EU-Parlament passiert hat, die Errichtung von Asylzentren an den EU-Außengrenzen, eine einheitliche Verteilung danach anerkannter Asylbewerbender innerhalb der EU und eine Sanktionierung von EU-Staaten ermöglichen, die sich nicht an der Flüchtlingsaufnahme beteiligen. Daneben wäre ein Ende des Ukrainekrieges, möglichst unter Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine, ein entlastender Faktor.

Bis dahin sind wir in Deutschland, und speziell in Nörvenich, gefordert, die bei uns ankommenden Menschen unter Achtung der UN-Menschenrechtskonvention angemessen unterzubringen. Das ist für unserer gesamte Gemeinde eine Herausforderung. Wohnraum ist knapp, Menschen müssen integriert und Arbeit gefunden werden. Würden wir uns bei dieser Herausforderung in Deutschland über die „Flüchtlingsdebatte“ entzweien lassen, so spielt das der „hybriden“ Kriegsführung Wladimir Putins nur in die Hände (siehe oben zu Buchst. b).

Vor dem Hintergrund können wir Ihren Vorschlag, maximal 5 % Flüchtlinge in Rommesheim gemessen an der Rommesheimer Gesamtbevölkerung unterzubringen, nicht mittragen. Pauschale Obergrenzen lösen das Unterbringungsproblem der Gesamtgemeinde nicht. Die Gemeinde muss und kann die Geflüchteten vordergründig nur nach vorhandenen Objekten und Flächen verteilen, was in diesem Fall Rommesheim trifft. Pauschale „Obergrenzen“ für einzelne Ortschaften lösen bedauerlicherweise keine Probleme, sondern schaffen nur Neue.

Ihren Vorschlag, die „Christopherus Schule“ als Gemeinschaftsraum für das Dorfleben umzuwidmen, können wir uns vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Zwangslage der Gemeinde Nörvenich leider ebenfalls nicht anschließen.

Wie sie richtig schreiben, verfügt Rommelsheim mit dem Vereinsheim bereits über einen – aus unserer Sicht auskömmlichen – Gemeinschaftsraum. Dieser unterscheidet sich in Ausgestaltung und Größe nicht von anderen Gemeinschaftsräumen in teils größeren Ortsteilen der Gemeinde Nörvenich, wie z. B. in Binsfeld.

In Bezug auf Binsfeld sei darauf hingewiesen, dass am zentralen Dorfplatz in den 2010er Jahren die „Alte Schule“ ebenfalls zur Flüchtlingsunterbringung umgewidmet wurde. Das Pfarrbüro und das Jugendheim mussten dafür geschlossen werden. In Binsfeld hat sich gezeigt, dass ein Ausweichraum in der „Alten Schule“ und das Vereinsheim der SG Germania Binsfeld ausreichen, um ein prosperierendes Dorfleben zu erhalten und auszubauen.

Zwar würden auch wir uns mehr und größere Gemeinschaftsräume für Rommelsheim wünschen, müssen angesichts der prekären Haushaltslage der Gemeinde Nörvenich aber leider konsternieren, dass hierfür auf absehbare Zeit voraussichtlich keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen werden.

Ob neben der Unterbringung Geflüchteter in der „Christopherus Schule“ auch das Bauprojekt an der Ellbachstraße realisiert wird, bleibt einer Erörterung im Rat der Gemeinde Nörvenich vorbehalten. Dabei soll aus Sicht der SPD Nörvenich auch die BIR in die Diskussionen einbezogen und gehört werden.

In dem Zusammenhang möchten wir abschließend auf das von Ihnen gewählte Zitat im Positionspapier der BIR vom 05.10.2023 eingehen. Dort zitieren Sie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wie folgt:

„Denn: Frieden ohne Freiheit heißt Unterdrückung. Frieden ohne Gerechtigkeit nennt man Diktat“

Das Zitat ist im Kontext des oben erwähnten russischen Angriffskriegs auf die Ukraine gefallen. Bundeskanzler Olaf Scholz bringt damit zum Ausdruck, dass eine bedingungslose Kapitulation der Ukraine zwar das Ende von Kriegshandlungen bedeutet, aber Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Diktatur in Form der Russischen Föderation dann auf dem Territorium der Ukraine grassieren. Im Zusammenhang mit dem in wesentlichen Teilen sachlichen Positionspapier der BIR vom 05.10.2023, nehmen wir das gewählte Zitat als kontraproduktiv war. Es suggeriert, dass – falls die Forderung der BIR nicht erfüllt werden –, dies einer Diktatur durch die Gemeinde Nörvenich gleichkommt. Wenn diese Aussage so beabsichtigt war, dann müssen wir diese hier aufs schärfste zurückweisen.

Auch wenn Herr Bürgermeister Dr. Czech (CDU) nicht unserer Partei angehört, so möchten wir ihn hier in Schutz nehmen. Wir nehmen die Amtsführung des Bürgermeisters als der Rechtsordnung verpflichtet und seine innere Haltung als die eines guten Demokraten war. Fehler in der Kommunikation mögen der CDU-geführten Gemeindeverwaltung unterlaufen sein, das kann und sollte die BIR kritisieren. Die freiheitliche-demokratische Grundordnung in der Gemeinde Nörvenich sehen wir durch die Fehlkommunikation bzw. die geplante Unterbringung von Geflüchteten allerdings bei Weitem nicht als gefährdet an.

Wir möchten Ihnen, Frau [REDACTED] und der BIR als Ganzes, an der Stelle die Hand reichen und zu einem gemeinsamen Austausch mit der SPD Nörvenich einladen. In dem Zusammenhang wollen wir Ihrem Zitat, das eines früheren Bundeskanzlers entgegenhalten:

„Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine“  
(Helmuth Schmidt, SPD).

Mit solidarischen Grüßen  
aus unserer Gemeinde

Michael Massau  
Vorsitzender

Philipp Peplowski  
stellv. Vorsitzender